



Winfried Weck ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ecuador.

WAHLEN IN ECUADOR

PRÄSIDENT CORREAS WAHLSIEG ERMÖGLICHT UNGEBREMTE FORTSETZUNG DER „BÜRGERREVOLUTION“

Winfried Weck

Der amtierende Präsident Ecuadors, Rafael Correa, hat bei den Präsidentschaftswahlen vom 17. Februar 2013 mit 57,17 Prozent bereits im ersten Wahlgang ohne Probleme die absolute Mehrheit erreicht und sich damit klar gegen seine sieben Mitbewerber durchgesetzt. Zugleich errang seine Bewegung Alianza PAÍS sogar die Zwei-Drittel-Mehrheit in der Asamblea Nacional, dem nationalen Parlament Ecuadors.

So gut wie niemand in und um Ecuador zweifelte daran, dass Rafael Correa erneut zum Präsidenten gewählt werden würde. Die Frage war nur: Wie hoch würde sein Sieg ausfallen, würde ein zweiter Wahlgang notwendig werden und wie würden sich die Mehrheitsverhältnisse im ebenfalls neu zu wählenden Parlament gestalten? Obwohl das amtliche Endergebnis der Präsidentschaftswahlen erst am 8. März von der Nationalen Wahlkommission (Consejo Nacional Electoral, CNE) veröffentlicht wurde, hatten sich die ersten Hochrechnungen des Wahlabends allein schon aufgrund der Deutlichkeit des Ergebnisses bestätigt: Rafael Correa und sein Vizepräsidentenkandidat Jorge Glas gingen mit 57,17 Prozent als klare Sieger aus dem ersten Wahlgang hervor. Der bürgerliche Kandidat Guillermo Lasso, der erstmals mit seiner neuen politischen Bewegung CREO zur Wahl angetreten war, folgte als Zweitplatzierter und erzielte 22,68 Prozent. Das sind einerseits dramatische 34 Prozentpunkte weniger als Correas Traumresultat, andererseits aber konnte Lasso sich mit diesem Ergebnis deutlich von den anderen Kandidaten absetzen. So erreichte der ehemalige Präsident Lucio Gutiérrez mit nur 6,73 Prozent den dritten Platz, gefolgt vom zweiten bürgerlichen Kandidaten Mauricio Rodas mit 3,90 Prozent, dem Bananenmagnaten

Álvaro Noboa mit 3,72 Prozent, dem sozialistischen Gemeinschaftskandidaten Alberto Acosta mit 3,26 Prozent, dem Sozialdemokraten Norman Wray mit 1,31 Prozent und schließlich dem Pastor Nelson Zavala mit 1,23 Prozent.

Tabelle 1

Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ecuador 2013

Kandidat	Stimmen	in Prozent	davon Männer	in Prozent	davon Frauen	in Prozent
Rafael Correa Delgado	4.918.482	57,17	2.390.913	56,54	2.527.569	57,79
Guillermo Lasso	1.951.102	22,68	977.474	23,12	973.628	22,26
Lucio Gutiérrez	578.875	6,73	308.806	7,30	270.069	6,17
Mauricio Esteban Rodas Espinel	335.532	3,90	144.358	3,41	191.174	4,37
Álvaro Noboa	319.956	3,72	166.202	3,93	153.754	3,52
Alberto Acosta	280.539	3,26	139.505	3,30	141.034	3,22
Norman Wray	112.525	1,31	51.818	1,23	60.707	1,39
Nelson Zavala	105.592	1,23	49.656	1,17	55.936	1,28

Quelle: CNE Ecuador.

In ersten Verlautbarungen verkündete Rafael Correa, er werte dieses Wählervotum als Auftrag, den bisher eingeschlagenen Wirtschaftskurs seiner Regierung fortzusetzen. Zugleich überraschte er die Hörschaft des kolumbianischen Radiosenders *LaFM*, dem er als erstem ausländischen Sender ein Interview gab, mit der Erklärung, er werde sich im Jahr 2017 nicht erneut um die Präsidentschaft bewerben, da die ecuadorianische Verfassung keine dritte Amtsperiode in Folge zulasse. Mit dieser Äußerung ausgerechnet gegenüber einem nicht-ecuadorianischen Sender wandte sich Correa offensichtlich gegen die vor allem in internationalen Kreisen diskutierte Vermutung, dass er im Falle eines erneuten Wahlsieges 2013 die Verfassung ändern werde, um 2017 erneut kandidieren zu können.¹

1 | Zugleich kann es als politisches Signal gutnachbarschaftlicher Beziehungen gewertet werden, dass er gerade einem kolumbianischen Sender das erste Interview gewährte und nicht etwa einem venezolanischen oder kubanischen Radio. Im gleichen Interview ging Correa auf die ecuadorianisch-kolumbianischen Beziehungen ein, die sich „trotz aller ideologischen

Guillermo Lasso, der sich als zweiter Sieger des Wahltages präsentierte, will die Oppositionsführung übernehmen. In dieser Rolle sieht sich aber auch der zweite Kandidat der bürgerlichen Opposition, Mauricio Rodas.

Die andere wichtige Pressemeldung kam bereits am Wahlabend vom Zweitplatzierten Guillermo Lasso, der seine Pressekonferenz in der größten Stadt des Landes, Guayaquil, gab. „Wir sind bei Null gestartet und zur

zweiten politischen Kraft in Ecuador aufgestiegen“, sagte Lasso, der sich als zweiter Sieger des Wahltages präsentierte. Er selbst wolle die Oppositionsführung übernehmen. In dieser Rolle sieht sich aber auch der zweite Kandidat der bürgerlichen Opposition, der junge Rechtsanwalt Mauricio Rodas. Die knappen vier Prozent der Wählerstimmen, die er auf sich vereinen konnte, betrachtet er als großen Erfolg und Ansporn, sein politisches Projekt SUMA fortzusetzen und landesweit auszubauen.

SICHERE ZWEI-DRITTEL-MEHRHEIT DER REGIERUNG IM PARLAMENT

Die künftige Zusammensetzung der Asamblea Nacional ist nicht nur eine Folge des klaren Sieges der Präsidentenbewegung Alianza PAÍS, die insgesamt etwa 52 Prozent der Stimmen erhalten hat,² sondern auch das Ergebnis einer Kombination aus dem neuen Wahlsystem nach Landes- und Provinzlisten und dem neu eingeführten Zählverfahren nach D’Hont für die Zuteilung der meisten Abgeordnetensitze, das in der Regel größere Parteien bevorzugt. Aufgrund dieser Wahlordnung werden der Alianza PAÍS 100

Differenzen“ zwischen seiner Regierung und der des kolumbianischen Präsidenten Santos in einem „außergewöhnlichen Momentum“ befänden (*El Comercio*, 19.02.2013). Möglicherweise stellt das Interview ein weiteres Indiz dafür dar, dass es nicht im zentralen Interesse Correas liegt, künftig die Führungsrolle der lateinamerikanischen neuen Linken und der ALBA zu übernehmen. Gegen derartige Ansinnen sprechen nicht nur mehrere öffentliche Äußerungen seinerseits, sondern auch sein von Nationalismen geprägter politischer Diskurs, in dem der Begriff Sozialismus so gut wie nie vorkommt.

2 | Aufgrund des Wahlrechts, das eine andere Auszählformel für die 15 über nationale Listen gewählten Abgeordneten vorsieht (Webster) als für die 103 über Provinzlisten (D’Hont), hat der CNE auch kein Gesamtergebnis für die Parlamentswahlen in Prozent veröffentlicht. Bei den Wahlen der 15 Abgeordneten auf nationaler Ebene entfielen auf Alianza PAÍS 53,17 Prozent, CREO 11,56 Prozent, PSC 9,35 Prozent, PRE 4,98, PSP 4,97 Prozent, die Vereinigte Linke 4,71 Prozent, SUMA 3,34 Prozent, Avanza 2,88 Prozent, PRIAN 2,73 Prozent, Ruptura 2,51 Prozent und die Sozialistische Partei 0,73 Prozent.

der 137 Abgeordnetensitze (72 Prozent) zu-
fallen. Sie hat damit eine Zwei-Drittel-Mehr-
heit und könnte auch ohne Koalitionspartner
Verfassungsänderungen verabschieden. Die
Wahlbehörde CNE nahm sich für die Auszählung viel Zeit.
Sie wollte die fatalen Fehler, die ihr während des Registrie-
rungsprozesses der politischen Parteien und Bewegungen
als Voraussetzung zur Teilnahme an den Wahlen unterlau-
fen waren und wochenlange harsche und zynische Kritik
hervorriefen, unbedingt vermeiden.³ Erst am 27. März,
also 38 Tage nach den Wahlen am 17. Februar, wurden das
amtliche Endergebnis und gleichzeitig die Liste aller in die
Asamblea Nacional einziehenden Parlamentarier veröffent-
licht. Dennoch nahm auch hier die Hochrechnung, die die
Nichtregierungsorganisation Participación Ciudadana (Bür-
gerbeteiligung), ein Partner der Konrad-Adenauer-Stif-
tung, bereits 30 Stunden nach Schließung der Wahllokale
vorlegte, das Endergebnis (zumindest in seiner Höhe und
Auswirkung) vorweg.

**Die Alianza PAÍS hat eine Zwei-Drittel-
Mehrheit und könnte auch ohne Ko-
alitionspartner Verfassungsänderungen
verabschieden.**

Die neue bürgerliche Bewegung CREO (Lasso) erringt
demnach elf Sitze, gefolgt von der Partido Social Cristiano
(PSC, die schon vor den Wahlen eine Koalition mit CREO
eingegangen ist, diese aber im Parlament wohl nicht fort-
setzen wird) mit sechs Mandaten und der populistischen
Partei PSP des ehemaligen Staatspräsidenten Gutiérrez mit
fünf Sitzen. Ebenfalls fünf Sitze erhalten die sozialistisch
orientierte politische Vertretung der indigenen Bevölke-
rung namens Pachakutik (als Teil der Vereinigten Linken)
sowie die ebenfalls im linken Spektrum zu verortende und
Rafael Correa unterstützende neue Bewegung Avanza. Je
einen Sitz nehmen die traditionelle PRE des ehemaligen
Präsidenten Bucaram und die ebenfalls neue Zentrums-
bewegung SUMA des Präsidentschaftskandidaten Mauricio
Rodas ein. Die restlichen drei Sitze verteilen sich auf regi-
onale Bewegungen.

3 | Der Vorsitzende des CNE, Domingo Paredes, hatte bereits am
Tag nach den Wahlen verkündet, dass die nationale Wahl-
behörde keine Zwischenergebnisse oder gar Hochrechnungen
hinsichtlich der Parlamentswahlen herausgeben werde, bevor
nicht 100 Prozent aller Stimmen ausgezählt und alle gewähl-
ten Abgeordneten bestätigt seien, was noch mehrere Tage in
Anspruch nehmen werde.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN VOR DEN WAHLEN

Ecuadors Präsidentialdemokratie hat sich unter der Ägide von Raffael Correa zu einer Präsidentialautokratie entwickelt. Was sich mit der Absetzung des Parlaments und der Ausarbeitung der neuen Verfassung im Jahr 2007 abzeichnete, hat sich seitdem in immer stärkerem Maße verfestigt: die Konzentration der staatlichen Macht auf die Person des Präsidenten. Zum einen ist dies auf seine Persönlichkeitsstruktur zurückzuführen, zum anderen auf sein politisches Handeln. Correas Selbstdefinition erfolgt nicht durch eigene politische Profilbildung, sondern durch die Bekämpfung jeglicher Form von Kritik an seiner Amtsführung als

Correas Politik hat zur Anwendung von Verfassungsregelungen *al gusto*, zur Ausschaltung der organisierten Zivilgesellschaft als kritische Masse und zu erheblichen Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit geführt.

Angriff auf seine persönliche Ehre und die vom ihm proklamierte *revolución ciudadana* (Bürgerrevolution), dem Motto seines politischen Programms. Seine Form der Politikgestaltung hat mittlerweile zu einer politischen Neutralisierung des Ein-Kammer-Parlaments, zur Gleichschaltung des Justizapparats und

damit einhergehend zur Anwendung von Verfassungsregelungen *al gusto*, zur Ausschaltung der organisierten Zivilgesellschaft als kritische Masse und zu erheblichen Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit geführt. Von einer Teilung der fünf Gewalten kann keine Rede mehr sein – neben Exekutive, Legislative und Judikative hat die ecuadorianische Verfassung von 2008 zwei zusätzliche staatliche Gewalten eingeführt, die Nationale Wahlbehörde („elektorale“ Gewalt) und verschiedene Institutionen für Transparenz und soziale Kontrolle (womit die Zivilgesellschaft Verfassungscharakter erhalten hat). Die exekutive und legislative Macht in Ecuador konzentriert sich heute auf die Person Rafael Correas, und auch die Unabhängigkeit der Judikative muss infrage gestellt werden.

Das nationale Parlament – in der Verfassung von 2008 erstmals Asamblea Nacional genannt – ist politisch de facto bedeutungslos, und dies aus drei Gründen: Erstens regiert der Präsident in Form von Dekreten mit Gesetzescharakter, die von der bisherigen Mehrheit der Regierungskoalition (Correas Bewegung Alianza PAÍS sowie zwei weitere Linksparteien) stets mitgetragen worden sind, und mit der Ausrufung von Ausnahmezuständen. Zwar erkennt die ecuadorianische Verfassung nur die klassischen Gründe

wie Kriegsfall oder Naturkatastrophen als Grund für die Ausrufung eines Ausnahmezustandes an, doch nutzt der Präsident dieses Instrumentarium intensiv und in allen politischen Bereichen bis hin zum Sport und zum Parlament selbst. Bislang wurde bereits über 180 Mal der Ausnahmezustand ausgerufen, obwohl die Verfassungslogik nur *eine* nationale Notstandsituation vorsieht. Im Geltungszeitraum des Ausnahmezustands gehen sowohl die Haushaltshoheit als auch die Finanzkontrolle vom Parlament auf den Präsidenten über. Das Parlament ist derzeit somit von jeglicher politischer wie haushalterischer Beteiligung an über 180 Politikbereichen ausgeschlossen. Die parlamentarische Regierungsmehrheit blockierte alle Versuche der Opposition, dieses Vorgehen auch nur in Frage zu stellen. Dies leitet zu einem zweiten Grund für die Machtlosigkeit des Parlaments über: Mit dem kritikfreien Agieren der Regierungskoalition und wegen der völligen Uneinigkeit der Oppositionsfraktionen, vor allem aufgrund der Priorisierung persönlicher Interessenlagen der einzelnen Parlamentarier, sind die Abgeordneten, ihre Fraktionen und letztendlich die gesamte Asamblea in den Augen der Öffentlichkeit desavouiert.

Wegen der völligen Uneinigkeit der Oppositionsfraktionen sind die Abgeordneten, ihre Fraktionen und letztendlich die gesamte Asamblea in den Augen der Öffentlichkeit desavouiert.

Die Geschehnisse um die Urteilsfindung im Prozess des Staatsbürgers Rafael Correa gegen die Eigentümer und den Herausgeber der Tageszeitung *El Universo* im September 2011 demonstrierten zudem in anschaulicher Weise, wie es mittlerweile um die Freiheit der Medien sowie um Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit in Ecuador bestellt ist.⁴

4 | Nachdem der Herausgeber der größten ecuadorianischen Tageszeitung *Universo* in einem Meinungsartikel den Präsidenten mehrfach als Diktator bezeichnet hatte, leitete dieser gerichtliche Schritte gegen ihn und die drei Eigentümer der Zeitung ein und forderte 80 Millionen US-Dollar Schmerzensgeld. Nach Abschluss der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft im Juli 2011 benötigte der zuständige Richter erstaunlicherweise nur zwei Tage für die Sichtung der 6.000 Seiten Untersuchungsakten und für die Verurteilung der *Universo*-Angeklagten zu 40 Millionen US-Dollar Strafe und drei Jahren Haft. Noch pikanter wurde dieser Sachverhalt, als der *Universo*-Anwalt herausfand, dass der Urteilstext nicht auf der Festplatte des Richters abgelegt, sondern extern via USB übertragen worden war, und zwar auf einer Software (Chucky Seven), die nicht vom Gericht verwendet wird, dafür aber von Correas Anwälten. Ungeachtet dessen wurde die Verurteilung zwei Monate später von einem Richterergremium mit zwei gegen eine Stimme bestätigt.



Rafael Correa in einem Interview zu Julian Assange: Der Wikileaks-Gründer war in die Botschaft Ecuadors in London geflüchtet, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen. | Quelle: © Santiago Armas, Presidencia Ecuador, dpa.

Medienfreiheit im Sinne eines europäisch-nordamerikanischen Demokratieverständnisses gibt es heute in Ecuador nicht mehr. Im Jahr sieben des *correísmo* ist eine kritische Berichterstattung ohne Regierungsintervention sehr schwierig geworden. Journalisten, die sich kritisch zur Politik des Präsidenten äußern, sind offiziellen Anfeindungen und Bedrohungen des Präsidenten selbst oder seiner Administration ausgesetzt. Der Fall *Universo* ist das krassste und auch international bekannteste Beispiel für diese Entwicklung, aber eben kein Einzelfall. Kritische TV- und Radiosender oder Zeitungen wurden geschlossen oder von der Regierung konfisziert, kritische Chefredakteure mit Morddrohungen konfrontiert. Der Medienapparat der Regierung, der sich zu Beginn der Amtszeit Correas auf einen einzigen Radiosender (*Radio Nacional de Ecuador*) beschränkte, umfasst heute auf nationaler Ebene fünf TV- und vier Radiosender sowie drei Tageszeitungen, vier Magazine und eine Nachrichtenagentur. Zudem werden alle Rundfunkmedien regelmäßig verpflichtet, offizielle Verlautbarungen des Präsidenten zeitgleich auf allen Kanälen zu übertragen. Zwischen Januar 2007 und Mai 2011 wurden insgesamt 1.025 dieser *cadena*s mit einer Sendezeit von mehr als 150 Stunden übertragen. Die *cadena*s, die ursprünglich zur Verbreitung wichtiger Meldungen in Notstandssituationen dienten, werden heute als Medium der Propaganda und Konfrontation genutzt. Umso durchsichtiger und offensichtlicher war

der Publicity-Rummel um die skurrile politische Romanze zwischen Rafael Correa und Julian Assange im Sommer 2012. Der Wikileaks-Gründer war in die Botschaft Ecuadors in London geflüchtet, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen, wo er sich wegen sexueller Vorwürfe vor Gericht verantworten muss. In diesem selbstgewählten Exil befindet er sich bis heute. Ein ecuadorianischer Journalist brachte diese Farce auf einen einfachen Nenner: Wäre Assange Ecuadorianer, säße er schon längst im Gefängnis.

In Gefahr ist aber nicht nur die Pressefreiheit, sondern es geht sogar um den Erhalt der Meinungsfreiheit. Denn derzeit stehen nahezu 200 Personen indigener Herkunft – die meisten davon Verbandsfunktionäre – unter Terrorismus-Anklage wegen kritischer Äußerungen zur Regierungspolitik. Eine öffentliche, regierungskritische Meinungsäußerung kann im heutigen Ecuador durchaus mit Gefängnis sanktioniert werden. Der Protest des Bürgers wird kriminalisiert. Und der Protest der organisierten Zivilgesellschaft gegen diese Entwicklungen bleibt aus. Nicht-Regierungsorganisationen finden sich zwar auf allen staatlichen Ebenen (Gemeinde-, Provinz- und Landesebene), sie haben aber in der täglichen Praxis keinen Einfluss auf die Politikgestaltung. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: Zum Einen hat es in Ecuador bisher nie ein funktionsfähiges, effizientes System der Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft am politischen Willensbildungsprozess im Sinne einer pluralistischen Demokratie gegeben, weil es bisher sowohl den Legislativen als auch den Interessenvertretungen selbst an diesbezüglichem Problembewusstsein und an den Kenntnissen über die Organisation pluralistischer Meinungsbildungsprozesse gemangelt hat. Zugleich teilen Verbände das Schicksal des *caudillismo* mit den traditionellen Parteien: Häufig genug steht und fällt eine NRO mit ihrer Gründungspersönlichkeit und/oder dem jahrzehntelangen Vorsitzenden und dessen individueller Interessenlage. Innerverbandliche Demokratie existiert nicht, und die Selektion, Aggregation und Artikulation von Partikularinteressen findet nicht statt. Das Aufblühen und Erstarken der Indígena-Bewegung in den 1990er und frühen 2000er Jahren konnte über diese strukturellen Defizite nur zeitweise hinwegtäuschen. Zum anderen wirkt der polarisierende

Der Protest des Bürgers wird kriminalisiert. Und der Protest der organisierten Zivilgesellschaft gegen diese Entwicklungen bleibt aus. Nicht-Regierungsorganisationen haben in der täglichen Praxis keinen Einfluss auf die Politikgestaltung.

Effekt des Präsidenten tief in die Verbände hinein und hat erheblich dazu beigetragen, dass viele, insbesondere auf der nationalen Ebene aktive Interessensvertretungen aufgrund interner Zwistigkeiten heute politisch marginalisiert sind. Ein Beispiel dafür sind die Indigenenverbände. Viele kritische Ecuadorianer glauben ohnehin, dass die Ausschaltung der Zivilgesellschaft von Anfang an im politischen Kalkül des Präsidenten lag und damit begann, dass er die organisierte Zivilgesellschaft in der Verfassung von 2008 zur fünften staatlichen Gewalt machte und sie damit ihrer wesentlichen Eigenschaft, eben „Nicht-Regierung“ zu sein, beraubte.

Das traditionelle Parteiensystem Ecuadors ist mit dem Niedergang und dem Ausscheiden der christdemokratischen Partei aus dem politischen Leben Ecuadors (ca. 2002 bis 2007), dem Aufbau und der flächendeckenden Präsenz der populistischen Partido Sociedad Patriótica (PSP) des ehemaligen Präsidenten Lucio Gutiérrez (2003-2005), dem plötzlichen Erscheinen der links-orientierten Bewegung Alianza PAÍS als der politischen Kraft hinter Staatspräsident Correa (seit 2007) und der damit einhergegangenen Schwächung der traditionellen Linksparteien einem rudimentären Wandel unterworfen worden. Dieser fand erst mit dem umstrittenen Einschreibungsprozedere aller bereits existierenden sowie neugegründeten Parteien und Bewegungen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen einen vorläufigen Abschluss.

In Sachen Wohlstandssteigerung hat die Regierung Correa einerseits wichtige Maßnahmen umgesetzt. Andererseits profitiert sie von der Einführung des US-Dollars und vom hohen Erdölpreis.

Die letzte Dekade war von einer spürbaren Wohlstandssteigerung für praktisch alle sozialen Schichten geprägt, die im Alltag zu spüren ist. Hier hat die Regierung Correa einerseits wichtige und angesichts der Geschichte

Ecuadors durchaus revolutionäre Maßnahmen umgesetzt, etwa im Bereich des Arbeitnehmerschutzes, der Steuererhebung, des Sozialsystems oder im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen. Andererseits profitiert die Regierung bis heute von den stabilisierenden Effekten der Einführung des US-Dollars als nationale Währung im Jahr 2000 und vom hohen Erdölpreis der letzten Jahre. Praktisch alle Ecuadorianer ziehen einen hohen Nutzen aus den sozialen Innovationen, den umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen und der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die

Kehrseite zeigt sich in einem erheblichen Anstieg der Auslandsverschuldung und dem Vorverkauf der Erdölförderung (vor allem an China) über Jahre hinaus zur Finanzierung dieser *revolución ciudadana* genannten Politik sowie der immens aufgeblähten staatlichen Administration. Zudem beunruhigen viele Endverbraucher sowie Teile der Wirtschaft die immer höheren Importzölle auch für Güter, die in Ecuador nicht hergestellt werden.

WAS VORHER PASSIERTE: DRAMATURGIE EINER WAHLVORBEREITUNG

Nahezu das gesamte politische Jahr 2012 drehte sich direkt oder indirekt um die für den 17. Februar 2013 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Dabei stand der im April eröffnete und bis Anfang November andauernde Prozess der Formierung alter und neuer politischer Kräfte und Allianzen im Zentrum der politischen Diskussion und des öffentlichen Interesses.

Der Skandal um die Legalisierung der politischen Akteure

Am 6. Februar 2012 trat das als Código de la Democracia (Demokratie-Kodex) bekannte Gesetz über Wahlen und politische Organisationen in Ecuador (Ley orgánica electoral y de organizaciones políticas del Ecuador) in Kraft. Dieses Gesetz, das von der Regierungsmehrheit im Parlament verabschiedet und dann nochmals vom Präsidenten selbst modifiziert wurde, regelte die zeitlichen Fristen und die Durchführung des Wahlprozesses (Einführung von D'Hont für die Wertung der Provinzlisten bei den Parlamentswahlen) sowie die (erhöhten) Zuständigkeiten der Wahlbehörde CNE, beinhaltete deutliche Einschränkungen der Medienfreiheit in der Vorwahlzeit und definierte die Voraussetzungen und das Prozedere für die Registrierung von politischen Parteien und Bewegungen: Bis zum 18. Juli 2012 mussten politische Organisationen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene dem CNE die gültigen Unterschriften von mindestens 1,5 Prozent aller Wahlberechtigten (des Wahljahres 2009) der jeweiligen staatlichen Ebene als Mitglieder (im Falle von Parteien) oder Sympathisanten (im Falle

Der Demokratie-Kodex beinhaltete deutliche Einschränkungen der Medienfreiheit in der Vorwahlzeit und definierte die Voraussetzungen und das Prozedere für die Registrierung von politischen Parteien und Bewegungen.

politischer Bewegungen) vorlegen, um registriert zu werden und damit als Rechtspersonen mit Präsidentschafts- und Parlamentskandidaten an den Wahlen teilnehmen zu können (auf nationaler Ebene bedeutete dies die Vorlage von 157.984 gültigen Unterschriften). Gemäß der ersten offiziellen Veröffentlichung des CNE am 19. Juli gaben 43 Parteien und Bewegungen 3.036.808 Unterschriften ab (dies entspricht knapp 30 Prozent aller Wahlberechtigten). Die Voraussetzungen für die Registrierung erfüllten erwartungsgemäß die Regierungsbewegung Alianza PAÍS sowie vier weitere Bewegungen und sechs Parteien auf nationaler Ebene.

Der Skandal um die Einschreibung nahm erst in dem Moment seinen Anfang, als der CNE am 27. Juli einen Weblink veröffentlichte, der jedem Bürger die Möglichkeit gab, alle von den politischen Parteien und Bewegungen eingereichten Unterschriftenlisten einzusehen. Schon am ersten Tag meldeten sich 293 Bürgerinnen und Bürger, die ihre Unterschrift auf Listen wiederfanden, die sie nie gezeichnet hatten. Zudem bestand ein Großteil dieser ersten Gruppe aus Mitarbeitern aller Arbeitsebenen des CNE und seiner verschiedenen Provinzrepräsentationen, die sich laut Demokratie-Kodex nicht an den Registrierungen beteiligen durften und daher ein enormes Eigeninteresse hatten, an die Öffentlichkeit zu gehen und sich so von jeglichem Verdacht freizusprechen. Diese erste Welle falscher oder gar gefälschter Unterschriften löste einen Anfrageboom auf die CNE-Webseite⁵ aus. Innerhalb weniger Tage liefen bei der Staatsanwaltschaft 43.533 Klagen wegen Unterschriftenfälschung ein.⁶ Einige Fälle, insbesondere von höchsten Regierungsmitgliedern und nationalen Abgeordneten bis hin zum Parlamentspräsidenten, die ihre Unterschriften auf Listen von politischen Gegnern wiederfanden, waren in der Tat so skurril und unwahrscheinlich, dass es sich nicht nur um Unterschriftenfälschung handeln konnte.

Als einer der ersten meldete sich Staatspräsident Correa zu Wort, der diese Vorfälle als eine der größten Betrügereien der *partidocracia* („Parteiokratie“) verurteilte. In einer

5 | Consejo Nacional Electoral, offizielle Website, <http://cne.gob.ec> [30.04.2013].

6 | Anfang September betrug die Zahl der Klagen über 73.000. „La Fiscalía dice que tiene indicios de responsables de firmas falsas“, *El Comercio*, 15.08.2012.

Verlautbarung vom 28. Juli sprach er von Unternehmen, die Unterschriften raubten und an skrupellose Politiker verkauften.⁷ Zugleich stellte er fest, dass seine Bewegung Alianza PAÍS es nicht nötig habe, Unterschriften zu fälschen, und dies auch nie tun würde.⁸ Im selben Kommuniké sprach er auch den CNE von jeglicher Schuld frei. Die Vertreter der Oppositionsparteien wiesen alle Schuld von sich und bezichtigten wiederum den CNE des Betrugs und der Manipulation der Ergebnisse. In der Tat ist laut Artikel 320 des Demokratie-Kodex die Wahlbehörde CNE für die Überprüfung der Unterschriften zuständig, und es ist auch richtig, dass alle fünf im November 2011 ernannten Räte des CNE aus dem Umfeld der Regierung Correa stammen. Doch hatte der gesamte Unterschriftenskandal mehrere Ursachen: Zum einen florierte der Handel mit Daten, in den auch Mitarbeiter des CNE verstrickt gewesen sein sollen. Zum anderen lud die von mehreren Parteien und Bewegungen genutzte Praxis, Unterschriftensammler einzustellen und diesen für jede Unterschrift 40 Cent zu bezahlen, nachgerade zur Fälschung ein – wie im Übrigen das System der Registrierung von politischen Organisation durch die Sammlung Tausender Unterschriften per se zum Betrug einlädt, wie sich in vielen Ländern gezeigt hat.

Die von mehreren Parteien und Bewegungen genutzte Praxis, Unterschriftensammler einzustellen und diesen für jede Unterschrift 40 Cent zu bezahlen, lud nachgerade zur Fälschung ein.

Hauptverantwortlich für den Unterschriftenskandal scheint aber das vom CNE bereits 2009 benutzte und mittlerweile völlig veraltete Software-Programm gewesen zu sein, das aufgrund defekter Sicherheitsfilter der Manipulation Tür und Tor geöffnet haben soll. Anders ist auch das Ausmaß der aufgedeckten Fälschungen von insgesamt 34 Prozent aller abgegebenen Unterschriften (bis heute)⁹ kaum erklärbar: Die von ihrem Chef Correa bereits vorab von aller Schuld freigesprochene Alianza PAÍS gab insgesamt 1.047.808 Unterschriften ab, wovon sich nach der ersten Revision von zehn Prozent aller abgegebenen Listen hochrechnen ließ, dass davon über 356.000 ungültig waren. Damit erreichte die Alianza PAÍS mit knapp 700.000 gültigen Unterschriften auf Anhieb und ohne Probleme, aber

7 | „Rafael advierte que falsificación dejaría afuera a grupos inscritos“, *El Universo*, 29.07.2012.

8 | Ebd.

9 | „Alianza País, sola en la papeleta electoral?“, *El Comercio*, 08.08.2012.

fatalerweise als einzige politische Organisation, die Registrierung. Allen anderen Parteien und Bewegungen, die zunächst vom CNE als registriert deklariert worden waren, da sie zwischen 157.984 und 185.958 Unterschriften abgegeben hatten, fehlten nun zwischen 35.215 und 53.678 Unterschriften.¹⁰ Daraufhin blieb dem CNE nichts anderes übrig, als am 6. August zu entscheiden, dass alle politischen Kräfte die Möglichkeit erhielten, bis zum 24. September Unterschriften nachzuliefern, alle bereits abgegebenen Unterschriften manuell nachgeprüft werden und alle politischen Organisationen Zugang zu diesem Verfahren erhalten sollten.

Dass sich der Beginn des manuellen Prüfprozesses dann bis Anfang September hinzog und sechsmal verschoben werden musste, erklärte der CNE-Vorsitzende Domingo Paredes mit technischen Problemen, was die These von der fehlerhaften Software nur noch erhärtete. Zumindest schritt dann der Prüfprozess dank 2.400 kurzfristig eingestellter Mitarbeiter zügig voran, sodass bis zum 10. Oktober nahezu alle Parteien und Bewegungen, die bereits im Juli die voreilige Registrierungszusage erhalten hatten, verifiziert werden konnten.¹¹ Einzig die in der politischen Mitte angesiedelte neue Bewegung Concertación verfehlte dieses Ziel um etwa 3.000 Unterschriften. Insgesamt erreichten 73 von 166 politische Organisationen (davon elf nationale Parteien und Bewegungen) die Registrierung als juristische Personen, 93 qualifizierten sich nicht. Am 18. Oktober rief der CNE offiziell für den 17. Februar die Wahlen zur ecuadorianischen Präsidentschaft, zur Asamblea Nacional und zum Andenparlament¹² aus. 11.558.237 Ecuadorianer waren zur Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten sowie von 137 nationalen und fünf andinen Abgeordneten

10 | Ebd.

11 | Im Endergebnis zeigte sich beispielsweise bei der Alianza PAÍS, dass insgesamt sogar 1.534.264 Unterschriften abgegeben worden waren, von denen 302.134 von der Bewegung selbst annulliert wurden, sodass insgesamt 826.812 Unterschriften oder 53,88 Prozent als gültig anerkannt wurden, was im Umkehrschluss eine Rate von 46,12 Prozent ungültiger Unterschriften bedeutete. Vgl. „A. País, inscrito con la mitad de sus firmas“, *El Comercio*, 05.09.2012.

12 | Das Andenparlament mit Sitz in Bogotá ist das parlamentarische Beratungs- und Kontrollorgan der Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru), allerdings ohne legislative Rechte. Jedes Mitgliedsland stellt fünf Abgeordnete.

aufgerufen.¹³ Am 15. November endete die Einschreibungsfrist für alle Kandidaten (und Listen) der drei anstehenden Wahlen. Der öffentliche Wahlkampf wurde auf den Zeitraum vom 4. Januar bis zum 14. Februar befristet. 48 Stunden vor den Wahlen durfte auch keine Berichterstattung in den Medien mehr erfolgen sowie kein Alkohol mehr verkauft oder ausgedient werden.

Nach dem Abschluss des Registrierungsprozesses am 10. Oktober verfielen sämtliche politischen Kräfte in hektische Aktivitäten. Es galt, einerseits Allianzen (nicht zuletzt auch mit den 37 registrierten regionalen Gruppierungen) zu schmieden und andererseits Kandidaten für die Wahlen zum nationalen Parlament auf Wahlkreislisten zu nominieren. Schon im Vorfeld hatte sich bei vielen Akteuren der Opposition das Bewusstsein der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kandidaten herausgebildet. Doch bereits im Juli 2012 lehnte die aus sechs Parteien bestehende Vereinigte Linke (Izquierda Unida) eine große Oppositionslösung nach venezolanischem Vorbild kategorisch ab und kürte bereits Anfang September Alberto Acosta zu ihrem gemeinsamen Kandidaten. Für die bürgerliche Opposition standen damit folgende Fragen im Vordergrund: Sollte man sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen? Wenn ja, sollte dieser durch *primarias* (Vorwahlen) ermittelt werden? Wer sollte daran teilnehmen dürfen, nur Parteimitglieder oder alle Wahlberechtigten? Und würden sich die unterlegenen Kandidaten diesem Votum unterordnen? Angesichts der unüberbrückbaren Schwierigkeiten und vor allem der Einzelinteressen der Akteure zeigte sich aber frühzeitig, dass es auch die bürgerliche Opposition nicht schaffen würde, zu einer Einigung zu kommen.

Die aus sechs Parteien bestehende Vereinigte Linke lehnte eine große Oppositionslösung nach venezolanischem Vorbild kategorisch ab und kürte bereits Anfang September Alberto Acosta zu ihrem gemeinsamen Kandidaten.

Folgende Allianzen stellten sich mit Präsidentschaftskandidaten zur Wahl:

Vereinigte Linke: Die aus sechs verschiedenen sozialistischen Gruppierung bestehende Allianz, zu der auch Pachakutik, der politische Flügel der Indigenen-Organisation CONAIE, sowie die kommunistische Lehrerbewegung MPD

13 | Das Wahlrecht in Ecuador beginnt mit dem 16. Lebensjahr und schließt Angehörige des Militärs und der Polizei ein.

gehören (beide konnten sich registrieren), einigte sich Anfang September 2012 in einem aufwändigen landesweiten Verfahren auf den gemeinsamen Kandidaten Alberto Acosta. Dieser gilt als der eigentliche Gründer der Alianza PAÍS und ehemals enger Weggefährte Correas. Allerdings entzweiten sich die beiden schon während der Verfassungsgebenden Versammlung von Montecristi im Jahr 2007/2008, der Acosta als Präsident vorstand, da dieser Correas Dauereinmischung nicht akzeptieren wollte. Seine Kandidatin um das Vizepräsidentenamt war Marcia Caicedo, ehemalige Rätin des CNE und zusammen mit Dennis Cevallos (PRE) Repräsentantin der afro-ecuadorianischen Bevölkerungsgruppe unter den Präsidentschafts- und Vizepräsidentenandidaten.

Alianza PAÍS und Avanza: Präsident Rafael Correa und seine linksorientierte Bewegung erhielten Unterstützung von der neuen Bewegung Avanza, einer Gründung des Vorsitzenden der nationalen Sozialversicherung IESS, Ramiro González, der sich von der sozialdemokratischen Izquierda Democrática ID getrennt hatte. Mit ihm ging der bisherige Minister für strategische Sektoren, Jorge Glas, ins Rennen.

Ruptura 25: Die im Jahr 2004 entstandene linksmoderate Jugendbewegung schaffte die Registrierung und trat erstmals mit einem eigenen und zugleich dem jüngsten Duo an: Norman Wray, ehemaliger Parlamentsabgeordneter sowie Stadtrat von Quito, und Angela Mendoza (Vize) warben um die Präsidentschaft. Im R25-Team war auch der lange als Präsidentschaftskandidat gehandelte ehemalige Bürgermeister von Quito, Paco Moncayo, der als Top-Kandidat für das Parlament ins Rennen ging.

PRE: Die traditionell eher mitte-links orientierte Partei Partido Roldoista Ecuatoriano schaffte erneut ohne größere Probleme die Einschreibung, wohingegen die Präsidentschaftskandidatur ihrer populistischen Führungsfigur Abdala Bucaram und seiner Co-Kandidatin Dennis Cevallos doch mit erheblichen Problemen behaftet war. Gegen Bucaram, der am 6. Februar 1997 nach nur knapp sieben Monaten als Staatspräsident durch eine nicht verfassungsgemäße Amtsenthebung wegen geistiger Instabilität entlassen wurde, aufgrund von Korruptionsanklagen ins Exil nach Panama flüchtete und sich bis heute dort aufhält, liegt

in Ecuador ein gültigen Haftbefehl vor. PRE setzte deswegen auf den evangelikalen Pastor Nelson Zavala, ein politisch unbeschriebenes Blatt, der in seiner ersten Verlautbarung bereits die Wiederaufnahme Gottes in die Verfassung forderte.

SUMA: Die neue Bewegung SUMA des jungen Mauricio Rodas schaffte auf Anhieb die Einschreibung und trat mit ihrem Chef sowie der Umweltaktivistin Inés Manzano als *running mate* für die Präsidentschaft an. SUMA wurde von Teilen der Zentrumsbewegung Concertación unterstützt, die nur knapp die Registrierung verfehlt hatte.



„Für ein anderes Ecuador mit Fortschritt, Gerechtigkeit und Respekt“: Der bürgerliche Kandidat Guillermo Lasso folgte als Zweitplatzierter mit 22,68 Prozent. | Quelle: CREO via Facebook, Screenshot d. Red.

CREO und PSC: Die neue Bewegung CREO trat mit Guillermo Lasso als Präsidentschaftskandidaten an, einem der katholischen Kirche eng verbundenen ehemaligem Bankier, der bereits unter dem letzten christdemokratischen Präsidenten Jamil Mahuad kurzzeitig als Superminister gedient und damals auch die Dollarisierung vorangetrieben hatte. CREO koalierte mit der christsozialen Partei PSC und ihrer Abspaltung Madera de Guerrero unter ihrer charismatischen Führungsfigur Jaime Nebot, Bürgermeister von Guayaquil, der größten Stadt des Landes. Auch die Reste der sozialdemokratischen Izquierda Democrática (ID), Teile der Concertación sowie mehrere registrierte lokale und regionale politische Organisationen stießen zu diesem Bündnis. Diese Allianz hatte als wesentliche Alternative des gesamten Mitte-Mitte/Rechts-Spektrums durchaus gute Erfolgchancen gegenüber der arg zersplitterten Linken. Lassos

Vizepräsidentenskandidat Juan Carlos Solines hat seine Wurzeln in der ecuadorianischen Christdemokratie und war Vorsitzender der Concertación.

PSP: Die flächendeckend präsente, populistische und programmfreie Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Lucio Gutiérrez (2003-2005) versuchte lange, eine Allianz mit der ebenfalls populistischen und programmfreien PRIAN, der politischen Partei des Bananenbarons Álvaro Noboa, einzugehen. Dieses Vorhaben scheiterte vor allem daran, dass es eben nur einen Präsidentenposten zu vergeben gibt. Präsidentschaftskandidat Gutiérrez benannte die ehemalige Schönheitskönigin der Küstenprovinz Manabí, Perla Boyes, als Kandidatin um die Vizepräsidentschaft.

PRIAN: Bananenproduzent Álvaro Noboa, der reichste Mann Ecuadors, kandidierte konsequenterweise nach 1998, 2002, 2006 und 2009 erneut für die Präsidentschaft. Damit alles in der Familie blieb, stellte er Ehefrau Anabella Azín als Vizepräsidentschaftskandidatin an seine Seite.

Insgesamt stellten sich aus dem politischen Spektrum von der Mitte nach Links drei Präsidentschaftskandidaten (Acosta, Wray und Bucaram) gegen Correa zur Wahl.

Dieses Szenario zeigt, wie ungeniert egozentrisch sich die oppositionellen Kräfte und ihre Protagonisten auch angesichts des vielfach artikulierten gemeinsamen Ziels, die Beendigung der Ära Correa, gebärdeten. Insgesamt stellten sich aus dem politischen Spektrum von der Mitte nach Links drei Präsidentschaftskandidaten (Acosta, Wray und Bucaram) gegen den ohnehin den Sozialismus des 21. Jahrhunderts propagierenden Präsidenten Correa zur Wahl. Allein wegen der fehlgeschlagenen Einschreibung der Concertación beschränkte sich die Kandidatenzahl des Mitte-bis-Rechts-Spektrums auf zwei (Lasso und Rodas). Hinzu kamen noch die Populisten Gutiérrez und Noboa, die übrigens die Präsidentschaftswahlen 2002 im zweiten Wahlgang noch unter sich ausgemacht hatten.

BEURTEILUNGEN DES WAHLVERLAUFS

Die Hohe Repräsentantin und Leiterin der Wahlbeobachtermission der Union südamerikanischer Staaten UNASUR, María Emma Mejía, erklärte gegenüber dem Vorsitzenden der CNE, dass es nach Auffassung ihrer Mission zu keinen nennenswerten Problemen während des Wahltages

gekommen sei. Der Bericht der Mission brachte klar zum Ausdruck, dass kein Wahlbetrug festgestellt wurde und dass die Ergebnisse auch von sieben der acht Präsidentschaftskandidaten akzeptiert wurden. Nur Álvaro Noboa konnte sich offenbar nicht mit seinem politischen Ausfinden und berief sich auf abweichende Umfrageresultate eines internationalen Instituts.

Die Mehrheit der internationalen Wahlbeobachter bescheinigte dem CNE zudem einen transparenten Wahlverlauf. Die Delegation der OAS fand allerdings auch kritische Worte hinsichtlich der extrem engen Zeitplanung des Wahlprozesses aufgrund der gravierenden Fehler, die dem CNE im Spätsommer und Herbst 2012 während des Registrierungs- und Zulassungsprozesses für politische Parteien und Bewegungen unterlaufen waren. Generell standen die Wahlvorbereitungen und die Wahlkampfführung der Regierungspartei viel mehr im Zentrum der Kritik als die eigentliche Durchführung der Wahlen.

EIN GANZ UND GAR UNAMERIKANISCHER, STILLER WAHLKAMPF

Die Regulierungen zum Wahlverlauf begrenzten den Zeitraum der heißen Wahlkampfphase auf 42 Tage, beginnend mit dem 4. Januar und endend mit dem 14. Februar 2013. Danach durften auch die Medien nicht mehr über wahlrelevante Themen berichten. In der eigentlichen Wahlkampfphase war es den Kandidaten nicht erlaubt, Nutzen aus öffentlichen Ämtern zu ziehen oder sich staatlicher Institutionen oder Einrichtungen zu bedienen.¹⁴

Bewegte man sich im Januar in den beiden Metropolen Quito und Guayaquil, so musste man nach Wahlwerbung geradezu suchen. Dieser für lateinamerikanische Verhältnisse völlig untypische lautlose Wahlkampf hatte zwei Ursachen: Zum einen erließ der Staatspräsident eine präsidiale Verordnung (*ordenanza*), die das Anbringen von Wahlwerbung an öffentlichem Eigentum in den größeren Städten verbot, was die sonst in ganz Lateinamerika beliebte Bepinselung und Plakatierung von nahezu jeglichem innerstädtischen Mauerwerk verhinderte. Zum anderen

14 | Dies war auch der Grund, warum Präsident Correa sich offiziell von seinem Staatsamt beurlaubte.

sahen die Wahlregularien eine deutliche Reduzierung des finanziellen Mitteleinsatzes der Präsidentschaftskandidaten und ihrer *running mates* vor. Waren es 2006 noch 2,74 Millionen US-Dollar, auf die jedes Kandidatenpaar zugreifen konnte, beschränkten sich diese Mittel nun auf 1,74 Millionen US-Dollar. Diese beiden Maßnahmen der Regierung, die dazu dienen sollten, die Herausforderer mundtot zu machen und einen allzu angeheizten Wahlkampf zu verhindern, wurden flankiert von den drastischen Beschränkungen der Medien, die nur über Wahlkampfaktivitäten berichten, diese jedoch in keiner Weise bewerten durfte. Eine Verletzung des

Eine Verletzung des Demokratie-Kodex war mit drastischen Strafandrohungen verbunden, was bei vielen Journalisten zu hoher Verunsicherung und zum Verzicht auf Wahlberichterstattung führte. Genau dies war auch beabsichtigt.

Demokratie-Kodex war mit Androhungen drastischer Strafen verbunden, was bei vielen Journalisten zu hoher Verunsicherung und zum Verzicht auf Wahlberichterstattung führte. Genau dies war auch beabsichtigt, denn so blieb Kandidat Rafael Correa der einzige Star am Medienhimmel. Nach einem Bericht der NRO Participación Ciudadana (PC) vom 9. Februar wies er die mit Abstand höchste Medienpräsenz aller Bewerber auf.

Die nationale Wahlbehörde CNE als diejenige Institution, die eigentlich gegen diese ungleichen, von der Beobachtermission der OAS kritisierten Verhältnisse vorgehen sollte, kam dieser Aufgabe in keiner Weise nach. Dies verwundert nicht, immerhin gelten alle fünf Vorstandsmitglieder des CNE auf die eine oder andere Weise als regierungsnah. Dies mag zwar die Untätigkeit der Behörde erklären, aber keineswegs rechtfertigen. Beschwerden seitens der anderen Kandidaten wurden vom CNE in der Regel mit faden-scheinigen Erklärungen zugunsten des Präsidenten Correa abgetan.

QUO VADIS, ECUADOR?

Der Wahlsieg Correas wurde zwar allgemein erwartet, doch die unbestrittene Höhe und Deutlichkeit des Ergebnisses sowohl von Rafael Correa als auch seiner Bewegung Alianza PAÍS kam für die meisten Ecuadorianer wie auch für die internationalen Beobachter ziemlich überraschend. Im Vorfeld der Wahlen ging man noch allgemein davon aus, dass Correa weitere Einbußen gegenüber seinem Ergebnis von 45,2 Prozent im Jahr 2009 hinnehmen müsse und auch

gezwungen sein könnte, mit einer Mehrheit der Opposition im Parlament zu regieren. Woher kam dann dieses eindeutige Wählervotum? Die Erklärung scheint weniger darin zu liegen, dass sich die zersplitterte Opposition im Vorfeld nicht auf einen oder zwei Kandidaten einigen konnte (Parallelen zum Wahlergebnis 2012 in Venezuela sind nicht von der Hand zu weisen). Es ist wohl vielmehr der Umstand, dass sich die ecuadorianischen Wähler entscheiden mussten zwischen dem unbestreitbaren sozialen Fortschritt der vergangenen Jahre, der als positiv gewerteten wirtschaftlichen Entwicklung und einer gewissen politischen Stabilität auf der einen Seite und den erheblichen Demokratiedefiziten insbesondere hinsichtlich der bürgerlichen Freiheiten und der Gewaltenteilung auf der anderen. Die Entscheidung fiel deutlich aus. Außerdem wusste der Wähler, was er mit seiner Stimme für Correa bekommen würde, und hier scheinen in der Wählerabwägung die Vorteile die Nachteile überwogen zu haben. Die anderen Kandidaten hingegen bargen als unbeschriebene Blätter durchaus die Gefahr in sich, zum *caudillismo* und Politikstil des vergangenen Jahrhunderts zurückzukehren. Diese Unsicherheit scheint sich in allen sozialen Schichten widergespiegelt zu haben. Die Erklärungsmuster, wonach vor allem die armen und unteren Schichten für Correa gestimmt und die Mittel- und Oberschicht sich der Opposition zugewandt hätten, mögen in ihrer Tendenz richtig sein. Dennoch vereinfachen sie zu sehr, denkt man allein an das Gros der durchaus zufriedenen Unternehmer, die das Fehlen internationaler Konkurrenz aufgrund hoher Importzölle und dem Fehlen jeglicher Investitionsanreize für ausländische Unternehmen zu schätzen gelernt haben.

Der Wähler wusste, was er mit seiner Stimme für Correa bekommen würde. Die anderen Kandidaten bargen als unbeschriebene Blätter die Gefahr in sich, zum *caudillismo* zurückzukehren.

Mehr als diese Fragen beschäftigt die politisch interessierte Öffentlichkeit seit dem Wahlabend, was dieses Ergebnis, insbesondere die Kombination aus klarem Wählervotum in der Präsidentschaftsfrage und einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierung im Parlament wohl für die künftige Politikgestaltung in Ecuador bedeuten wird. Und hier driften die Meinungen erheblich auseinander: Es liege wohl auf der Hand, dass Correa nun „durchregieren“ werde, so die eine Position. De facto gäben ihm das Wahlergebnis und die extrem präsidiale Verfassung nun die gesamte Macht in die Hände, da er die Legislative mit verfassungsändernder

Mehrheit hinter sich habe, und auch die Judikative nach der umfangreichen Justizreform der vergangene eineinhalb Jahre auf Kurs gebracht worden sei. Und in der Tat: Das Mandat ist eindeutig und lässt viel Spielraum für ein oppositionsfreies Regieren. Sollten es die ökonomischen Entwicklungen zum Beispiel erforderlich machen, heilige Kühe zu schlachten, etwa die Ausbeutung der Rohölreserven unter dem einzigartigen Yasuni-Nationalpark in der ecuadorianischen Amazonasregion, so könnte die Regierung Correa dies tun, ohne großen innenpolitischen Schaden zu nehmen.

Durch derart klare Mehrheitsverhältnisse könnte Correa zu vorsichtigerem Handeln gezwungen werden, weil die geschwächte Opposition möglicherweise ihren Protest vom Parlament auf die Straße verlegen wird.

Es gibt aber auch die gegensätzliche Position, die annimmt, dass das Regieren mit derart eindeutigen Mehrheitsverhältnissen schwieriger wird und Correa zu vorsichtigerem Handeln gezwungen würde. Dies hängt insbesondere mit dem klaren Verlierer dieser Wahlen, der sozialistischen Opposition und deren traditioneller Auffassung von Politikgestaltung, zusammen. Es stehe nämlich zu befürchten, dass Parteien wie die kommunistische MPD, die keinen einzigen Parlamentarier mehr stellt, sondern nur noch indirekt über die Abgeordneten des indigenen Koalitionspartners Pachakutik vertreten sein wird, ihren Protest auf die Straße verlagern werden. Ein „Durchregieren“ Correas würde mit Unruhen und Aufruhr in der Bevölkerung einhergehen, schlussfolgern Vertreter dieser Position.

Die Wahrheit, die sich wahrscheinlich irgendwo in der Mitte dieser beiden Positionen befindet, wird möglicherweise so aussehen, dass Correa zwar nach eigenem Gusto regieren wird (was er auch bislang in großem Stil getan hat), um sein politisches Hauptanliegen, die vertiefte Implementierung seiner „Bürgerrevolution“ voranzutreiben, dass er es aber unterlassen wird, hierzu Maßnahmen zu ergreifen, die zu politischem Aufruhr führen könnten, weil er diese Maßnahmen letztendlich überhaupt nicht nötig hat. Bereits in der heißen Wahlkampfphase hatte er angekündigt, er wolle die *revolución ciudadana* in den kommenden vier Regierungsjahren weiter „radikalisieren“. Die bereits seit 2007 verfolgten Ziele der „ökonomischen, produktiven und Arbeits-Revolution“ (wie es im Jargon der Alianza PAÍS heißt), der sozialen Revolution, der ethischen Revolution, der politischen und konstitutionellen Revolution sowie der

Revolution der Souveränität und der Integration sollen weiter verfolgt und vertieft werden. In der neuen Legislaturperiode würden sie zudem ergänzt um die ökologische Revolution, die urbane Revolution, die Revolution des Wissens und der Fähigkeiten, die Revolution der Justiz, der Sicherheit und des Zusammenlebens und schließlich um die kulturelle Revolution (um nicht den Begriff der „Kulturrevolution“ zu verwenden).

Was sich nun de facto hinter all diesen Begrifflichkeiten an realer Politikgestaltung verbirgt, wird die Zeit zeigen. Die Erfahrung der vergangenen Legislaturperiode hat aber deutlich gemacht, dass genau diese reale Ausgestaltung politischer Ideologie sehr viel Geld kostet. Neben all den neuen Projekten wollen die bisherigen Errungenschaften der Bürgerrevolution, z.B. der aufgeblähte Beamtenapparat, die umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen und die verbesserten Sozialleistungen, auch weiterhin finanziert werden. Im Moment hängen das ökonomische Glück Ecuadors und damit auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Correa vom relativ stabilen internationalen Erdölpreis ab. Zudem verfügt Ecuador neben seinen begrenzten Vorkommen minderwertigen Erdöls auch über anderweitige umfangreiche Rohstoffvorkommen, die der Ausbeutung harren. Hierin verbirgt sich aber zugleich das Konfliktpotenzial der Zukunft, denn diese Rohstoffe befinden sich nur allzu häufig in Regionen, die von Indigenen bevölkert und von diesen als Lebensgrundlage betrachtet werden. Die zum Teil völlig ungeklärten Besitzverhältnisse tun ein Übriges, um aus potenziell profitträchtigem Rohstoffabbau politischen und sozialen Sprengstoff werden zu lassen, der Regierungen stürzen kann.

Im Moment hängen das ökonomische Glück Ecuadors und damit auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Correa vom relativ stabilen internationalen Erdölpreis ab.

Interessant wird auch die Frage sein, ob die bürgerliche Opposition das ihr erwiesene Vertrauen nahezu eines Viertels der ecuadorianischen Wählerschaft ernst nimmt und sich dem Gestaltungsauftrag verpflichtet fühlt, in den kommenden vier Jahren parallel zu einer wahrscheinlich nicht wahrnehmbaren und daher frustrierenden Oppositionspolitik im Parlament ihre politische Präsenz in der Zivilgesellschaft zu festigen und flächendeckend politisch-organisatorische Strukturen zu schaffen. Nur so kann sie sich bei den nächsten Wahlen im Jahr 2017 als regierungsfähige

Alternative präsentieren. Klar ist schon jetzt, dass Lasso und CREO den bisherigen selbsternannten Oppositionsführer und die Galionsfigur der programmfreien politischen Mitte, Ex-Präsident Lucio Gutiérrez und dessen Partei PSP, aus der politischen Landschaft verdrängt haben, nachdem dieser aus den Wahlen von 2009 noch mit 28 Prozent hervorgegangen war. Denn Gutiérrez ist zusammen mit der sozialistischen Opposition der große Verlierer dieser Wahlen. Das unerwartet schlechte Abschneiden wird ihn und seine PSP – im Gegensatz zur allgegenwärtigen und allen Widerständen trotzens Linken – mittelfristig mit der politischen Überlebensfrage konfrontieren.

Der Artikel wurde am 28. März 2013 abgeschlossen.